

Südafrika weist Landenteignung nach Trump-Hilfe-Drohung zurück

Südafrikas Präsident Ramaphosa weist Trumps Vorwürfe der Landkonfiszierung zurück und betont die Rechtsstaatlichkeit des Landes. Die Debatte um Landreformen und US-Hilfen bleibt brisant.

Der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa reagierte am Montag auf die Drohung des US-Präsidenten Donald Trump, die Hilfszahlungen an Südafrika aufgrund angeblicher Misshandlung weißer Landwirte einzustellen. Ramaphosa wies Trumps Aussage zurück, wonach die Behörden „Land konfiszieren“ würden.

Reaktion von Cyril Ramaphosa

„Südafrika ist eine konstitutionelle Demokratie, die fest im Rechtssystem, in Gerechtigkeit und Gleichheit verankert ist. Die südafrikanische Regierung hat kein Land konfisziert“, schrieb Ramaphosa auf der Plattform X.

Dialog mit der Trump-Administration

Er äußerte den Wunsch, sich mit der Trump-Administration über die Landreformpolitik und bilaterale Interessen auszutauschen. Ramaphosa betonte außerdem, dass die USA ein wichtiger politischer und Handelspartner seien, jedoch nur begrenzte finanzielle Mittel für Südafrika bereitstellten, abgesehen von einem umfassenden HIV/AIDS-Hilfsprogramm.

Trump's Äußerungen auf Truth Social

Trumps Erklärung folgte auf einen Beitrag auf Truth Social, in dem er ankündigte, sämtliche zukünftigen Mittel für das Land zu streichen, bis eine vollständige Untersuchung über die Anschuldigungen stattfände, dass „Südafrika Land konfiszieren und bestimmte Bevölkerungsgruppen SEHR SCHLECHT behandeln würde“.

Hintergrund der Landreform in Südafrika

Trumps lang anhaltende Beschwerde, die er auch 2018 während seiner ersten Amtszeit äußerte, bezieht sich auf die komplexe Landreform in Südafrika. Rassistische Politiken der Vergangenheit hatten schwarze und nicht-weiße Südafrikaner gewaltsam von ihrem Land vertrieben, um es für weiße Nutzungen abzutreten. Seit dem Ende der Apartheid und den ersten demokratischen Wahlen im Jahr 1994 ist eine Regelung zur Landverteilung und -rückgabe in der Verfassung des Landes verankert.

Herausforderungen der Landverteilung

Dennoch bleibt die Arbeitslosigkeit und Armut unter den schwarzen Südafrikanern, die etwa 80% der Bevölkerung ausmachen, ein drängendes Problem, während sie nur einen Bruchteil des Landes besitzen. Im Januar unterzeichnete Ramaphosa ein Gesetz, das neue Richtlinien zur Landenteignung festlegt, einschließlich der Möglichkeit für die Regierung, in bestimmten Fällen Land ohne Entschädigung zu enteignen.

Die rechtlichen Implikationen

In seinem Beitrag auf X erklärte Ramaphosa, dass das Gesetz „kein Instrument zur Konfiszierung“ sei, sondern ein rechtlicher Prozess, der „öffentlichen Zugang zu Land auf gerechte und faire Weise, wie im Grundgesetz geregelt, gewährleistet“. Es bestehen jedoch weiterhin verfassungsrechtliche Schutzmaßnahmen gegen Enteignungen ohne Entschädigung,

und Experten glauben, dass die regierende Partei Südafrikas mit rechtlichen Herausforderungen konfrontiert sein wird, wenn sie beabsichtigt, diese Politik umzusetzen.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at